



Niederschrift über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderats

am 18.05.2017 im Sitzungssaal Steinscheuer bei der Häckermühle in Großheppach

Beginn: 19:00 Uhr, Ende: 23:04 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Oberbürgermeister Michael Scharmann

Mitglieder

Herr Theo Bachteler

Herr Bernhard Dippon

Frau Sabine Dippon

Herr Markus Dobler

Ab 19.16 Uhr

Herr Christian Felger

Befangen bei TOP 3.

Frau Karin Gaiser

Ab 19.12 Uhr

Herr Volker Gaupp

Frau Doris Groß

Herr Ernst Häcker

Frau Petra Klöpfer

Herr Daniel Kuhnle

Herr Julian Künkele

Herr Christof Oesterle

Herr Hakan Olofsson

Herr Hans Randler

Herr Tibor Randler

Frau Dr. Annette Rebmann

Herr Richard Schnaitmann

Frau Isolde Schurrer

Befangen bei TOP 3.

Herr Dr. Manfred Siglinger

Frau Ina Steiner

Befangen bei TOP 3.

Herr Rolf Weller

Bis 22.08 Uhr

Herr Ulrich Witzlinger

Herr Armin Zimmerle

Schriftführer

Herr Ulrich Beyschlag

Entschuldigt:

Mitglieder

Herr Friedrich Dippon

Herr Wolf Dieter Forster

Öffentliche Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde
- 1.1. Anfrage zum Umbau der Ulrichstraße
- 1.2. Beschilderung der Remstalgartenschau 2019
- 1.3. Einwände der Bürger gegen die Energiezentrale im Gebiet Halde IV
2. Bebauungsplanänderung nach § 13 a BauGB mit örtlichen Bauvorschriften "Halde IV - 1. Änderung" im Stadtteil Endersbach
- Auslegungsbeschluss und Beschluss zum Abwägungsvorschlag
- Behandlung der Einwendungen aus der freiwilligen frühzeitigen Beteiligung BU Nr.066/2017
3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Zentralkelter Weingärtner Remstal eG"
- Aufstellungsbeschluss und Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligung BU Nr. 103/2017
4. Umgestaltung Teilabschnitt Ulrichstraße BU Nr. 117/2017
- Baubeschluss und Vergabe von Planungsleistungen
5. Remstalgartenschau 2019
- 5.1. Stuttgarter Holzbrücke über die Rems und den Heppach BU Nr. 101/2017
- Sachstandsbericht
- Ermächtigung zur stufenweisen Vergabe von Planungsleistungen
- 5.2. Veranstaltungsfläche Steinbruch BU Nr. 115/2017
- Beschluss über Herstellung der Veranstaltungsfläche
- 5.3. Bürgerpark Grüne Mitte – Mitmach-Park BU Nr. 111/2017
- Zuwendungsantrag Nationale Projekte des Städtebaus
6. Berichte, Bekanntgaben und Verschiedenes
- 6.1. Beantwortung einer Anfrage aus dem Gemeinderat
- 6.2. Sozialbetreuung für Flüchtlinge in der Anschlussunterbringung
- 6.3. Kontrolle Luitenbacher Höhe
- 6.4. Mangelnde Barrierefreiheit der Luitenbacher Höhe
- 6.5. Radweg beim Bildungszentrum
- 6.6. Weitere Entwicklung Birkel-Spitze
- 6.7. 16 Stationen der Remstal Gartenschau

1. Bürgerfragestunde

1.1. Anfrage zum Umbau der Ulrichstraße

Eine Bürgerin erkundigt sich, wie es nach dem Umbau der Ulrichstraße um den Hochwasserschutz in der Stuttgarter Straße bestellt sei.

Oberbürgermeister Scharmann versichert, dass der Hochwasserschutz bei den Sanierungsarbeiten berücksichtigt werde. Mindestens müsse aber der Status quo erhalten bleiben.

1.2. Beschilderung der Remstalgartenschau 2019

Auf Anfrage eines Bürgers erwidert Oberbürgermeister Scharmann, dass eine Beschilderung vorgesehen sei. Diese sei Teil der noch zu erstellenden Gesamtkonzeption.

1.3. Einwände aus der Bürgerschaft gegen die Energiezentrale im Gebiet Halde IV

Mehrere Bürger beziehen Stellung zu der geplanten Energiezentrale im Gebiet Halde IV. Die erste Anfrage zielt darauf ab, warum der 20 Meter hohe Kamin für das BHKW direkt neben der Wohnbebauung errichtet werden solle, wo doch gegenüber ein Gewerbegebiet vorgesehen sei. Außerdem sei unverständlich, warum dafür ein viergeschossiges Gebäude mit Wohnungen und Büros vorgesehen sei und die Grünfläche wegfallen solle. Viele der Anwohner würden nun meinen, dass die Versorgung für das Gebiet Halde V auf Kosten der Anwohner von Halde IV ginge. Auch im Falle der verkehrlichen Erschließung.

Oberbürgermeister Scharmann erwidert, dass alle Anliegen, auch die verkehrlichen, geprüft worden seien. Der Verkehrsknotenpunkt weise die beste Qualitätsstufe auf. Zwischen der Energiezentrale und der nächsten Wohnbebauung betrage der Abstand 38 Meter und das Vorhaben füge sich in die Umgebungsbebauung ein. Die Stadt müsse bei ihren Lösungen auch wirtschaftlich handeln.

Erster Bürgermeister Deißler führt aus, dass es bezüglich der Energiezentrale einen Standortsuchlauf gegeben habe. Das Ergebnis sei nun dieser Standort. Man habe auch über die Metzgeräcker als Standort gesprochen. Allerdings sei dort kein Grundstück in städtischem Eigentum. Durch das Gebäude entstehe zwar mehr Dichte, gleichzeitig bewirke dieses aber auch eine Abschirmung des Verkehrs. Die Energiezentrale sei so hoch wie die Umgebungsbebauung. Aus Sicht der Verwaltung könnten die Anwohner in dieser Situation und in einer derart hochverdichteten Region keine Ansprüche für sich ableiten. Wichtig sei auch, dass es hier nicht nur um das Thema Energieversorgung, sondern auch um die Nahversorgung, wie beispielsweise einen Bäcker, gehe. Die weiteren Geschosse seien auch der Wohnungsnot in der Region geschuldet. Die Energiezentrale werde die Emissionen für Lärm und Abgas übererfüllen. Herr Deißler wolle mit diesen Informationen den Anwohnern die Angst nehmen.

Eine Bürgerin kritisiert, dass sie auf ihre E-Mail an den Gemeinderat keine Antwort erhalten habe. Dies empfinde sie als unschön und sie warte noch auf eine Antwort. Die Kreuzung empfinde sie als eine Gefahrensituation.

Oberbürgermeister Scharmann erwidert, dass alle genannten Punkte in die Abwägung eingeflossen und dort abgewogen worden seien. Man werde in der heutigen Sitzung auch noch auf

diese Themen kommen. Er weist nochmals darauf hin, dass der Verkehrsknotenpunkt die höchste Qualitätsstufe aufweise.

Aus der Bürgerschaft heraus wird die massive Bebauung erneut kritisiert und der Vorschlag nach einer anderen politischen Lösung eingebracht.

Oberbürgermeister Scharmann verweist hier auf die Antwort von Erster Bürgermeister Deißler. Es bestehe nun einmal auch der Bedarf nach weiterem Wohnraum. Jedes Bauprojekt sei immer mit Folgen für die bereits vorhandenen Anwohner verbunden. Bei der jetzigen Planung handle es sich um die beste Lösung für Weinstadt. Das Bauvorhaben füge sich ein und sei mit der Umgebungsbebauung verträglich.

Ein Bürger weist auf die Verschattung am späten Nachmittag und Abend hin.

Es folgt ein weiterer kurzer Austausch zwischen der Bürgerschaft und dem Vorsitzenden. Auf die Frage, wer von der Verwaltung formelle Unterstützung bei einem Bürgerentscheid leisten könne, wird auf den Hauptamtsleiter verwiesen.

Am Ende der Fragestunde hält eine Bürgerin fest, dass die Interessen der Bürger keine Berücksichtigung fänden und seitens der Stadt keine Kompromissbereitschaft vorhanden sei.

Erster Bürgermeister Deißler weist abschließend darauf hin, dass die erste Bürgerbeteiligung ein freiwilliges Angebot der Stadt gewesen sei. Die formelle Bürgerbeteiligung werde erst noch folgen.

2. Bebauungsplanänderung nach § 13 a BauGB mit örtlichen Bauvorschriften "Halde IV - 1. Änderung" im Stadtteil Endersbach BU Nr. 066/2017
- Auslegungsbeschluss und Beschluss zum Abwägungsvorschlag
- Behandlung der Einwendungen aus der freiwilligen frühzeitigen Beteiligung

Oberbürgermeister Scharmann ruft den Tagesordnungspunkt auf und verweist auf die Vorberatung. Anschließend führt Erster Bürgermeister Deißler in das Thema ein.

Frau Schäfer vom Büro Baldauf erläutert den Sachverhalt. Sie geht dabei auch auf eine Aktualisierung in der Begründung (neues Datum 18.05.2017) ein. So sei die Erläuterung des Höhenverhältnisses zwischen der Energiezentrale und der Bestandsbebauung konkretisiert worden. Außerdem habe es eine geringfügige Anpassung des Geltungsbereichs gegeben.

Stadtrat Witzlinger greift den Hinweis aus der Bürgerfragestunde nach Verschattung am späten Nachmittag und Abend auf. Er bittet um Prüfung.

Oberbürgermeister Scharmann nimmt dies auf.

Stadtrat Witzlinger führt weiter aus, die Bebauung einer Grünfläche stelle einen Eingriff dar. Man entwickle hier gerade ein Baugebiet mit einer zentralen Energieversorgung über ein BHKW. Dabei gehe die Stadt vorbildlich vor. Die Stellungnahme der Anwohner, wonach die Bestandsbebauung bereits über Heizanlagen verfüge, müsse abgewogen werden. Es sei nicht verständlich, warum anderen Personen ein Wohnen in diesem Gebiet verweigert werden solle oder warum die Energiezentrale mit weniger Geschossen erstellt werden solle. Er könne in der Anzahl der Geschosse keinen Nachteil erkennen. Womöglich ziehe dort später ein Enkel der heute protestierenden Bürger ein. Herr Witzlinger stellt fest, dass sich unter den anwesenden Bürgern der Leiter des Stuttgarter Hochbauamts befindet. Dieser habe keine Kritikpunkte an der Abwägung oder dem Verfahren. Stattdessen erkundige er sich, ob es politisch nicht eine andere Lösung geben könne. Er selbst stehe zu der politischen Entscheidung Weinstadts, die auch von der Nähe zur S-Bahn geprägt sei. Es sei überdies angedacht, mittels der Energiezentrale Gewinn zu erwirtschaften.

Stadtrat Dr. Siglinger hält fest, dass es um eine politische Abwägung gehe. Der Gemeinderat habe dabei umfangreich abgewogen. Hinsichtlich der Kritik, dass der Gemeinderat nicht auf die E-Mail geantwortet habe, erwidert Herr Dr. Siglinger, dass dieser Tagesordnungspunkt in der Sitzung des Technischen Ausschusses vom 4.5.2017 bereits öffentlich beraten worden sei. In dieser Sitzung habe die Möglichkeit bestanden, sich über die Haltung des Gemeinderats zu informieren. Darüber hinaus übe der Gemeinderat diese Aufgabe im Ehrenamt aus, was mit einer Begrenzung der persönlichen Ressourcen verbunden sei. Er habe Verständnis für die Situation der Anwohner. Gleichzeitig bitte er aber auch um Respekt für eine andere Sichtweise. Man müsse einen Interessenausgleich für ganz Weinstadt erzielen. Die jetzige Lösung müsse auch perspektivisch aus der Sicht der Nahwärmeversorgung gesehen werden. Ebenso spiele der Klimaschutz hier eine Rolle. Dieser Standort sei auf Grund des Wohnraumpotenzials ausgewählt worden. Es sei nicht zu vertreten, diese Ressource liegen zu lassen. Er stehe zu der Planung, da sich in ihr der Interessenausgleich widerspiegle. Herr Dr. Siglinger führt weiter aus, dass im Rahmen der Entwicklung der Metzgeräcker mit höheren Bauten zu rechnen sei. Außerdem müsse man am Rande einer Stadt jederzeit mit einer weiteren städtebaulichen Entwicklung rechnen. Herr Dr. Siglinger geht nun auf den Verkehrsknotenpunkt ein. So halte er die Linksabbiegerspur am Verkehrsknotenpunkt für zu kurz und schlage eine Verlängerung vor. Außerdem solle eine verkehrliche Erschließung des

Wohngebiets an der Landhauskreuzung geprüft werden.

Erster Bürgermeister Deißler erwidert, dass eine zweite Erschließungsmöglichkeit derzeit rechtlich geprüft werde. Ebenso werde die Verlängerung der Linksabbiegespur geprüft.

Stadtrat Hans Randler kann sich Vielem, was heute gesagt wurde, anschließen. Auch er halte die Linksabbiegespur für zu kurz und er spreche sich ebenfalls für eine verkehrliche Erschließung an der Landhauskreuzung aus.

Die FWW könnten sich dem Gesagten auch anschließen, so Stadträtin Schurrer.

Stadtrat Zimmerle geht auf die Kritik aus der Bürgerfragestunde ein, wonach der Gemeinderat nicht auf die E-Mail aus der Bürgerschaft reagiert habe. Er selbst habe erwogen, zu antworten. Allerdings sei dieser Bebauungsplan nur ein Punkt der heutigen Sitzung. Er rechne heute mit einem Sitzungsende um Mitternacht. Es habe ihm die Zeit zum Antworten gefehlt.

Das Gremium fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Der Entwurf des Bebauungsplans „Halde IV – 1. Änderung“ mit Textteil sowie den örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 07.04.2017 wird gebilligt.**
- 2. Der Gemeinderat fasst den Beschluss zur Auslegung des Planentwurfs und Beteiligung der Öffentlichkeit, Behörden und sonstigen Trägern öffentlichen Belange, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB, für den Bebauungsplan „Halde IV – 1. Änderung“ in Weinstadt Endersbach.**
- 3. Dem Abwägungsvorschlag mit der Behandlung von Einwendungen aus der freiwilligen frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird zugestimmt.**

**3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Zentralkelter Weingärtner Remstal eG" BU Nr. 103/2017
- Aufstellungsbeschluss und Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligung**

Die Stadträte Felger, Schurrer und Steiner erklären sei bei diesem Tagesordnungspunkt für befangen und verlassen den Beratungstisch.

Oberbürgermeister Scharmann ruft den Tagesordnungspunkt auf und verweist auf die Vorberatung. Anschließend erläutert Frau Schliesing den Sachverhalt.

Das Gremium fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Für den im Lageplan vom 24.02.2017 dargestellten Bereich wird nach § 12 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 1 BauGB ein vorhabenbezogener Bebauungsplan mit Vorhaben- und Erschließungsplan aufgestellt. Der Vorhaben- und Erschließungsplan wird vom Vorhabenträger Weingärtner Remstal eG ausgearbeitet.**
- 2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB wird in Form einer Informationsveranstaltung, alternativ in Form einer öffentlichen Auslegung durchgeführt. Es werden die Ziele und Zwecke der Planung dargelegt, wobei Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung der Planung gegeben wird. Die frühzeitige Beteiligung wird zu einem späteren Zeitpunkt im Bekanntmachungsorgan der Stadt Weinstadt öffentlich bekannt gemacht.**

4. Umgestaltung Teilabschnitt Ulrichstraße - Baubeschluss und Vergabe von Planungsleistungen

BU Nr. 117/2017

Oberbürgermeister Scharmann ruft den Tagesordnungspunkt auf und begrüßt Herrn Dr. Karajan vom gleichnamigen Ingenieurbüro, Herrn Sauer vom Omnibus-Verkehr Ruoff und Herrn Gandbir von der Steg.

Herr Sonn weist darauf hin, dass die jetzige Planung wesentlich mehr Stellplätze aufweise. Es gebe nun 15 anstelle von sechs Stellplätzen. An dem Containerstandort wolle die Stadt derzeit festhalten, da es in der Stadt zu wenig Recycling-Container gebe. Stadtrat Tibor Randler habe vorgeschlagen, die Container zu entfernen und stattdessen dort Stellplätze zu realisieren.

Erster Bürgermeister Deißler führt aus, dass die Umgestaltung der Ulrichstraße das zentrale Element der Sanierung in Beutelsbach sei. Anfänglich habe es wenig Dynamik in dieser Sanierung gegeben. Die Entwicklung des Bleistift-Areals und die Verlegung der Bücherei seien ebenfalls Bestandteile der Sanierung. Hinsichtlich der Entwicklung des Bleistiftareals laufe bereits ein Investorenwettbewerb. Noch in diesem Jahr werde die Verwaltung dem Gemeinderat den Sieger präsentieren. Er schlägt vor, dass erst Herr Dr. Karajan dann Herr Sauer und anschließend Herr Gandbir den Sachverhalt aus der jeweils eigenen Perspektive erläutern sollen.

Herr Dr. Karajan erläutert den Sachverhalt aus der verkehrlichen Sicht. Er unterstützt dabei den Vorschlag der Verwaltung zur Errichtung von zwei Bushaltestellen nahe der Kreuzung Ulrichstraße und Stuttgarter Straße. Im Kreuzungsbereich halte er Tempo 30 für richtig.

Oberbürgermeister Scharmann dankt.

Herr Sauer beleuchtet den Sachverhalt aus Sicht des Busverkehrs. Er könne sich vorstellen, beide Haltestellen in die Stuttgarter Straße zu verlegen. Für den Busverkehr könne er hierbei keine Verschlechterung erkennen.

Herr Leibing ergänzt, dass der Bus momentan bei jeder Fahrt zwei Minuten verliere. Die jetzige Planung wäre eine deutliche Verbesserung.

Herr Gandbir spricht nun über die Kosten und die Finanzierung der Sanierung.

Oberbürgermeister Scharmann dankt und hält fest, dass die Stadt 185 Tsd. Euro zurückzahlen müsse, wenn die Sanierung der Ulrichstraße nicht umgesetzt werde. Die jetzige Planung stelle eine klare Verbesserung für den Busverkehr dar und die Stellplatzsituation habe man auch deutlich optimiert.

Stadtrat Tibor Randler ist überzeugt, dass sich die Überplanung gelohnt habe. Der Gemeinderat lasse sich nicht unter Druck setzen. Die von Herrn Dr. Karajan vorgeschlagene Vorgehensweise sei gut. Er könne nun für den Beschlussvorschlag stimmen.

Die GOL-Fraktion, so Stadtrat Dr. Siglinger, beschäftige sich im Wesentlichen mit den Bushaltestellen in Beutelsbach. Nach der vorgeschlagenen Planung ist mit einer Verschlechterung für die Bürger im Osten zu rechnen. So sei der Weg zur Bushaltestelle sehr weit. Die GOL sehe hier Bedarf nach einer weiteren Bushaltestelle. Dies sei aber aus Gründen der Bustaktung bisher abgelehnt worden. Herr Dr. Siglinger fragt, ob sich in Richtung Schnait eine weitere Bushaltestelle unterbringen lasse.

Herr Leibing ist für diese Frage dankbar. Nach Rücksprache mit dem Busunternehmer solle es eine weitere Bushaltestelle in Richtung Schnait geben. Die zeitliche Taktung sei in Ordnung. Man müsse nur den richtigen Standort finden.

Stadtrat Dr. Siglinger fragt, ob auf beiden Straßenseiten eine Bushaltestelle vorgesehen sei.

Dies müsse mit dem Busunternehmen abgestimmt werden und hänge auch mit dem Fahrgastaufkommen zusammen, so Herr Dr. Karajan.

Oberbürgermeister Scharmann befürwortet je eine Haltestelle in beiden Fahrtrichtungen. Er wird dies prüfen.

Stadtrat Dobler schlägt vor, an der Anna-Kelter in Beutelsbach alternativ eine Bushaltestelle einzurichten.

Für Stadtrat Hans Randler ist es positiv, dass Richtung Schnait eine weitere Bushaltestelle eingerichtet werden solle. Gut sei auch, dass mit dem Umbau der Ulrichstraße keine Mehrbelastung für die Stuttgarter Straße verbunden sei.

Stadtrat Witzlinger möchte wissen, in welcher Form eine Verkehrsberuhigung in der Ulrichstraße stattfinden werde.

Eine Verkehrsberuhigung, so Herr Dr. Karajan, finde durch die Form des Knotenpunkts statt. Durch den Winkel der Straßen werde der Verkehr verlangsamt.

Stadtrat Witzlinger fragt, ob es zu einer Verkehrsverlagerung von der Ulrichstraße in die Stuttgarter Straße komme.

Herr Dr. Karajan geht nicht davon aus.

Stadtrat Bernhard Dippon sieht ein Problem im beidseitigen Befahren der kleinen Ulrichstraße mit dem Schülerradverkehr in der Mühlstraße. Er fragt, ob man die kleine Ulrichstraße mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung belegen könne.

Herr Leibing hält ein beidseitiges Befahren der kleinen Ulrichstraße für unkritisch. Über eine Geschwindigkeitsbegrenzung könne man nachdenken.

Stadtrat Zimmerle möchte wissen, ob das Ausweichpflaster bleibe, wie viele Stellplätze es nun mehr gebe und ob die Taktung für den Busverkehr nicht zu knapp sei. Außerdem erkundigt er sich danach, ob es nicht besser sei, erst die Straße zu planen und dann die Gebäude zu erstellen.

Erster Bürgermeister Deißler erwidert, die Planung für Straßen und Gebäude laufe parallel. Bei der Marktstraße, der Ulrichstraße und der Stuttgarter Straße handle es sich um gewachsene Straßen, die sich mit einer Gebäudeentwicklung nicht kombinieren ließen.

Das Pflaster, so Herr Sonn, werde nun durch eine Markierung ersetzt. Die Anzahl der Stellplätze habe man erhöht. Teilweise müsse aber zum Ausfahren die Gegenfahrbahn benutzt werden.

Stadtrat Dr. Siglinger bittet um zeitnahe Prüfung einer Bushaltestelle Richtung Schnait und um einen Bericht im Gemeinderat. Herrn Dr. Karajan bittet er um eine Begründung für die vorgeschlagene Tempo-30-Begrenzung an der Kreuzung. Außerdem erkundigt er sich danach, für welche Streckenlänge eine Tempo-30-Begrenzung an der Kreuzung Ulrichstraße

Stuttgarter Straße von Herrn Dr. Karajan empfohlen werde.

Herr Dr. Karajan führt aus, es gehe um die Sichtweite. Bei 45 Metern Sichtweite sei Tempo 30 sinnvoll, bei 75 Metern Tempo 50.

Es folgt ein weiterer kurzer Austausch.

Das Gremium fasst mit 23 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen folgenden Beschluss:

- 1) Baubeschluss mit Zustimmung zum aktuellen Entwurf des Büro Bolz & Palmer.**
- 2) Weiterbeauftragung Teilabschnitt Umgestaltung (LP 5-8) an das Ingenieurbüro Bolz & Palmer (Honorar ca. 47.289,46 €).**
- 3) Beauftragung Büro Krop Teilabschnitt Sanierung Schweizerbachverdolung (Honorar ca. 13.092,40 €).**
- 4) Die Verwaltung wird mit dem weiteren Verfahren (Ausschreibung, Vergabe usw.) im Rahmen der im Haushalt eingestellten Mittel beauftragt.**

5. Remstalgartenschau 2019
5.1. Stuttgarter Holzbrücke über die Rems und den Heppach BU Nr. 101/2017
- Sachstandsbericht
- Ermächtigung zur stufenweisen Vergabe von Planungsleistungen

Oberbürgermeister Scharmann ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in das Thema ein. Erster Bürgermeister Deißler skizziert den Sachverhalt. Wichtig sei, die nächsten Schritte ohne Verzug einzuleiten.

Der Referent des Ingenieurbüros erläutert den Sachverhalt. Er hält fest, dass die Kosten für die Brücke an der Birkelspitze sich auf 275 Tsd. Euro und an der Häckermühle auf 125 Tsd. Euro beliefen. Eine weitere Förderung (EFRE-Förderung) sei in Aussicht gestellt. Man halte die jetzigen Standorte für richtig. Das Projekt habe bereits jetzt überregionale Strahlkraft.

Stadtrat Dobler hält das Projekt für sehr gelungen. Bevor die Planungsleistungen vergeben würden, solle allerdings die Förderung sichergestellt sein.

Das Regierungspräsidium, so Erster Bürgermeister Deißler, habe genau beschrieben, was Weinstadt tun müsse, um für eine Förderung vorgeschlagen zu werden. Seiner Meinung nach stünden die Chancen für eine Förderung gut. Außerdem bestehe Aussicht auf eine EFRE-Förderung.

Für Stadtrat Dr. Siglinger geht es in der heutigen Sitzung nicht nur um die Vergabe der Planungsleistungen, sondern auch um das „Go“ für das Projekt. Technisch überzeuge die Brückenkonzeption, aber auch ästhetisch. Der Baustoff Holz passe gut in die Umgebung. Er befürchte aber, dass die Zahlen aus der Beratungsunterlage keinen Bestand hätten und die tatsächlichen Ausführungssummen nochmals ansteigen würden. Er erkundigt sich nach den Kosten für die Häckermühle.

Diese betrügen 1,2 Mio. Euro, so Herr Sonn, und würden die Häckermühle und die Brücke über den Heppach einschließen.

Stadtrat Dr. Siglinger möchte wissen, ob die Planungskosten hierbei eingeschlossen seien.

Herr Sonn bestätigt, dass die Planungskosten bereits eingeschlossen seien. Dies sei allerdings ein Vorentwurf. Er halte eine 30 bis 40 prozentige Kostensteigerung nicht für ausgeschlossen.

Oberbürgermeister Scharmann hält fest, man müsse die 1,2 Mio. Euro immer vor Augen haben.

Stadtrat Zimmerle sieht einen langfristigen Nutzen in den beiden Brücken. Er erkundigt sich nach den Gründen der Kostensteigerung.

Herr Sonn begründet dies damit, dass die der Vorentwurfsplanung folgende Planung detaillierter sei. Deshalb habe man nun 50 Tsd. Euro als Puffer eingeplant.

Erster Bürgermeister Deißler ergänzt, die beim Trappeler notwendige Brücke verursache auch eine Kostensteigerung.

Stadtrat Weller weist auf mögliche Probleme zwischen Radfahrern und dem Lkw-Verkehr an der Unterführung vom Birkelareal zum Kalkofen hin.

Oberbürgermeister Scharmann will dem Gremium hierüber Unterlagen über entsprechende Untersuchungen zukommen lassen.

Es folgt ein weiterer Austausch und eine zehnmütige Beratungspause.

Das Gremium fasst mit 19 Ja-Stimmen bei fünf Gegenstimmen folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungsleistungen stufenweise zu vergeben.

5.3. Bürgerpark Grüne Mitte – Mitmach-Park **BU Nr. 111/2017**
- Zuwendungsantrag Nationale Projekte des Städtebaus

Oberbürgermeister Scharmann ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in das Thema ein. Er dankt der anwesenden Vertreterin des Büros A24 für die Idee, Weinstadt für das Förderprogramm Nationale Projekte Städtebau anzumelden. Es läge nun ein Förderbescheid über 3,45 Mio. Euro vor.

Die Vertreterin von A24 trägt den Sachverhalt vor.

Oberbürgermeister Scharmann dankt und gibt einem Vertreter des Jugendgemeinderats das Wort. Dieser führt aus, dass unter den Jugendlichen großes Interesse an der Grünen Mitte bestehe und man sich an der Gestaltung beteiligen wolle. Vor allem freue man sich über den gesonderten Jugendbereich. Die Jugendlichen könnten sich dort einen Street Workout Park vorstellen. Der Jugendgemeinderat werde einen entsprechenden Antrag stellen.

Stadtrat Dr. Siglinger sieht in der Grünen Mitte eine besondere Chance für Weinstadt. Dabei gelte es, die Bürger im Jahr 2019 und darüber hinaus einzubinden. Er stelle sich die Frage, wie Weinstadt den Bedarf an Eigenmitteln in Höhe von 5 Mio. Euro verträglich im Haushalt darstellen könne. Die Stadt habe auch noch andere Aufgaben, wie z. B. die Schulentwicklung, einen Rathausneubau oder die Gebäudesanierung. Man müsse einen Gesamtüberblick herstellen. Aus diesem Grund habe er auch gegen die Veranstaltungsfläche im Steinbruch gestimmt. Die Remstal Gartenschau habe auch noch andere Themen, wie die Birkelspitze und die Burgruine Kappelberg. Man müsse auf einen Gesamtrahmen und über die Gartenschau hinaus schauen.

Oberbürgermeister Scharmann vertritt die Meinung, bei diesem Projekt würden die Chancen die Gefahren überwiegen. So sehe er positive Entwicklungen für Gewerbeansiedlungen und eine Steigerung der Aufenthaltsqualität. Stillstand wäre als Rückschritt zu bewerten. Eventuell müsse man ein anderes Projekt zurückstellen. Es sei seine Absicht, dass Weinstadt Gewinn aus der Gartenschau ziehe. Herr Scharmann ist davon überzeugt, dass die Stadt die Projekte schultern werde.

Auf Anfrage von Stadtrat Dr. Siglinger erwidert die Vertreterin von A24, dass die Fördermittel bis spätestens 31.12.2017 abgerufen sein müssten. Sie halte dies für machbar.

Stadtrat Witzlinger gibt seinem Vorredner Recht, wonach die Grüne Mitte eine Herausforderung sei. Auf der anderen Seite würden sich aber Jugendliche und Senioren daran beteiligen. Die Chance für Weinstadt dürfte hier unstrittig sein. Wichtig sei es aber auch, Kosten einzusparen. Man werde sich in der Gemeinderatsklausur mit diesem Thema beschäftigen.

Stadtrat Hans Randler teilt die Begeisterung von Oberbürgermeister Scharmann. Gleichzeitig befürchte er, dass die Bevölkerung von der Aussage von Stadtrat Dr. Siglinger nicht begeistert sei. Angesichts der hohen Förderquote bittet er um Vorsicht bei derartigen Aussagen.

Stadtrat Dr. Siglinger erwidert, dass er sehr wohl von den Chancen der Grünen Mitte gesprochen habe. Bei der Remstal Gartenschau sei aber die gesamtstädtische Entwicklung zu sehen. Dazu stehe er. Eventuell müsse sich die Frage gestellt werden, an welcher Stelle bei anderen Projekten kürzer getreten werden könne. Hinsichtlich der Klausur könne er sich Stadtrat Witzlinger anschließen. Es sei gut, dass diese in Kürze anstehe.

Das Gremium fasst mit 25 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen folgenden Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Zuwendungsantrag über 3,45 MIO € Fördermittel aus dem Programm Nationale Projekte des Städtebaus für das eingereichte Projekt Bürgerpark Grüne Mitte – Mitmach-Park zu stellen.

2. Der Mittelfristige Finanzrahmen bis 2021 wird auf der Ausgabenseite um 4.96 MIO € auf insgesamt 5.75 MIO € und auf der Einnahmenseite um 3.45 MIO € aufgestockt, um die kommunalen Eigenmittel für das Programm Nationale Projekte des Städtebaus zur Verfügung zu stellen.

6. Berichte, Bekanntgaben und Verschiedenes

6.1. Beantwortung einer Anfrage aus dem Gemeinderat

Oberbürgermeister Scharmann führt aus, in der Sitzung des Gemeinderats vom 27.4.2017 habe Stadtrat Witzlinger darauf hingewiesen, dass sein Fraktionskollege Stadtrat Häcker bei dem Punkt Spendenannahme bereits zweimal nicht als Spender aufgeführt worden sei. Wie sich später herausstellte, ist Herr Häcker einmal nicht als Spender aufgeführt worden.

Nach einer Recherche von Herrn Spangenberg gehe es um eine Spendenannahme in der Grundschule Strümpfelbach, so der Vorsitzende. Aufgrund eines personellen Engpasses im Schulsekretariat sei die Meldung der Spende an die Stadtkämmerei liegengeblieben. Dies werde aber nachgeholt.

6.2. Sozialbetreuung für Flüchtlinge in der Anschlussunterbringung

Oberbürgermeister Scharmann berichtet, dass ab 23.5.2017 ein Sozialarbeiter des DRK im Auftrag des Landkreises die Sozialbetreuung für Flüchtlinge aufnehmen werde. Das Büro werde im Betsaal eingerichtet. Die Integrationsbeauftragte Frau Ott und der Flüchtlingsbeauftragte Herr Zirkel würden beim betroffenen Personenkreis dieses Angebot bekannt machen und bereits aufgelaufene Fälle übergeben. Diese Maßnahme werde andauern bis der „Pakt für Integration“ durch das Land zum Tragen komme. Durch ihn würden zukünftig Integrationsmanager für die Dauer von zwei Jahren finanziert. Hierüber werde im nächsten SKA berichtet.

6.3. Kontrolle Luitenbacher Höhe

Stadtrat Häcker schlägt aus gegebenem Anlass vor, die Luitenbacher Höhe wegen Mülls durch den Vollzugsdienst regelmäßig kontrollieren zu lassen.

6.4. Mangelnde Barrierefreiheit der Luitenbacher Höhe

Stadträtin Groß kritisiert, dass auf der Luitenbacher Höhe keine Barrierefreiheit hergestellt worden sei und die Aussichtsplattform nur über eine Treppe erreicht werden könne.

Oberbürgermeister Scharmann bedauert dies auch. Bei künftigen Baumaßnahmen müsse der Aspekt der Barrierefreiheit mehr berücksichtigt werden. Jedoch müsse der Fokus auch im Bereich des täglichen Lebens (Bushaltestellen ect.) liegen.

6.5. Radweg beim Bildungszentrum

Stadträtin Groß weist darauf hin, dass der Radweg gegenüber des Bildungszentrums eine Abzweigung im rechten Winkel habe. Dies sei gefährlich. Sie schlage daher einen Spiegel vor.

Oberbürgermeister Scharmann möchte vorerst einen Mittelstreifen zur Trennung der Fahrbahnen anbringen. Als weiterer Schritt komme evtl. ein Spiegel in Frage.

6.6. Weitere Entwicklung Birkel-Spitze

Stadtrat Witzlinger erkundigt sich, wo genau die Stuttgarter Brücke auf das Birkel-Areal führen solle und ob das Thema Biergarten weiter verfolgt werde.

Oberbürgermeister Scharmann möchte im Rahmen der anstehenden Klausur über dieses Thema sprechen.

6.7. 16 Stationen der Remstal Gartenschau

Stadtrat Witzlinger nimmt Bezug auf die Veranstaltung der 16 Stationen in Schorndorf und fragt, wann diese im Weinstädter Gemeinderat vorgestellt würden.

Oberbürgermeister Scharmann möchte diese im Rahmen der Klausursitzung vorstellen.

Stadtrat Dr. Siglinger möchte hier auch die Bevölkerung einbeziehen.

Erster Bürgermeister Deißler nimmt dies auf.

ZUR BEURKUNDUNG

Weinstadt, den

Vorsitzender

Weinstadt, den

Gremiumsmitglied

Weinstadt, den

Gremiumsmitglied

Weinstadt, den

Schriftführer